Zeitschrift des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte

Rechts Rg geschichte

Rechtsgeschichte

www.rg.mpg.de

http://www.rg-rechtsgeschichte.de/rg19
Zitiervorschlag: Rechtsgeschichte Rg 19 (2011)
http://dx.doi.org/10.12946/rg19/178-188

Rg 19 2011 178 – 188

Peter Landau

Peter von Andlau und das kanonische Recht

Zugleich zu Paul Laband und Franz Wieacker

Dieser Beitrag steht unter einer
Creative Commons cc-by-nc-nd 3.0

Peter von Andlau und das kanonische Recht

Zugleich zu Paul Laband und Franz Wieacker

I. Einleitung

Das rechtshistorische Hauptwerk von Michael Stolleis ist zweifellos seine bisher dreibändige Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, deren ersten Teil »Reichspublizistik und Policeywissenschaft 1600–1800« er 1988 vorgelegt hat.[1] Mit Recht betont er im Vorwort zu diesem Band, dass die Geschichte des öffentlichen Rechts, anders als die ihr eng verwandte Verfassungsgeschichte, noch in den Anfängen stehe.[2]

Eine Grundthese in seinem Pionierwerk ist es, das neue Fach des »Ius publicum Imperii Romano-Germanici« sei in der Epoche um 1600 entstanden, als die befriedende Kraft des Augsburger Religionsfriedens nahezu erloschen und die Einsicht in das Ungenügen des Gemeinen Rechts und der im Allgemeinen verbleibenden Anweisungen der aristotelischen Politiken weit verbreitet war.[3] Als zentrale Gestalt in dieser Entstehungsphase hebt Stolleis vor allem den Gießener Professor Dietrich Reinking hervor, dessen 1619 publizierter »Tractatus de Regimine Seculari et Ecclesiastico« das erste Lehrbuch einer neuen Disziplin war, und der im römisch-deutschen Reich noch die letzte der vier Universalmonarchien der Weltgeschichte sah, insofern insgesamt »mittelalterlich« dachte.[4] Anderthalb Jahrhunderte vor Reinking hatte ein Basler Professor, der Kanonist Peter von Andlau, im Jahre 1460 einen »Libellus de Cesarea Monarchia« geschrieben,[5] den Stolleis selbstverständlich erwähnt, aber insgesamt noch nicht als öffentlichrechtlich mit eigenen, nur dort geltenden Regeln einordnet, da er wie andere Traktate des 15. Jahrhunderts innerhalb des Rahmens der spätmittelalterlichen Rechtsvorstellung einer inneren und äußeren Einheit des ius civile geblieben sei, der die gleiche Einheit des ius canonicum entsprach.[6]

Das Hauptwerk des Peter von Andlau hat Marquard Freher 1603 und 1612 nach einer Heidelberger Handschrift mit Kommentar erneut publiziert;[7] der Basler Autor des 15. Jahrhunderts konnte deshalb die nach 1600 entstehende Reichspublizistik beeinflussen.

1 M. Stolleis, Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland. Erster Band: Reichspublizistik und Policeywissenschaft 1600–1800, München 1988.
2 Stolleis (Fn. 1) 5.
3 Stolleis (Fn. 1) 141.
4 Stolleis (Fn. 1) 218–221.
5 Maßgebende kritische Edition des Traktats von J. Hürbin, Der »Libellus de Cesarea morachia« von Hermann Peter aus Andlau, in: ZRG GA 12 (1891) 34–103 und ZRG GA 13 (1892) 163–219. Neue Edition mit deutscher Übersetzung und biographischen Angaben von R. A. Müller, Peter von Andlau. Kaiser und Reich. Libellus De Cesarea Monarchia, Frankfurt a. M., Leipzig 1998.
6 Stolleis (Fn. 1) 65.
7 Zu Frehers Edition cf. Hürbin (Fn. 5) 38 f.

Muss man aber nicht wegen Peter von Andlaus Traktat die Geburtsstunde des öffentlichen Rechts in Deutschland bereits in das letzte Jahrhundert des Mittelalters zurückverlegen?

II. Paul Laband und Peter von Andlau

Die These, Peter von Andlau sei der Erste gewesen, der das deutsche Staatsrecht wissenschaftlich behandelt habe, wurde – mit Einschränkungen – wirkungsvoll von Paul Laband in seiner Rektoratsrede an der 1872 neugegründeten Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg am 1. Mai 1880 entwickelt.[8] Laband hatte sich sein Thema sicher unter dem Gesichtspunkt ausgesucht, dass die von ihm herausgestellte zentrale Rolle des Elsässers Peter von Andlau zur geistigen Integration des 1871 von Frankreich abgetretenen »Reichslands« Elsass-Lothringen in das neugegründete Deutsche Reich beitragen könne. Er sprach in seiner Rede »Über die Bedeutung der Rezeption des römischen Rechts für das deutsche Staatsrecht« und wollte daher auch einen originellen Beitrag zu der damals seit Georg Beseler heiß umstrittenen Frage nach den Gründen und Wegen der Geschichte der Rezeption liefern. Anders als seine Vorgänger betonte Laband, dass die Rezeption des römischen Rechts im Staatsrecht anfing, das dem Siegeslauf des fremden Rechts den Boden geebnet habe. Dieses sei von oben nach unten durch die Landesherren und ihre Beamten vorgedrungen;[9] keineswegs habe das deutsche Volk das römische Recht zum Bestandteil seiner inneren nationalen Rechtsüberzeugung gemacht.[10] Mit seinen Thesen versuchte Laband, für die Beurteilung der Rezeption eine neue Begründung zu geben, wobei sicherlich die Herkunft des großen Staatsrechtlers Laband aus der juristischen Germanistik zu bedenken ist. Der Zustand des Privatrechts in Deutschland sei durch die Rezeption in mancher Hinsicht verschlechtert worden.[11] Es habe im Spätmittelalter auch kein Verlangen des Volkes nach wissenschaftlicher Rechtsprechung gegeben, sondern vielmehr wegen des Verfalls der Reichsorganisation eine Sehnsucht nach prompter und sicherer Rechtshilfe.[12] Die Rezeption des römischen Rechts sei mit der Entwicklung des absoluten Staates identisch gewesen.[13] Da Laband als Rechtshistoriker den absoluten Staat für ein notwendiges Durchgangsstadium auf dem Weg zur konstitutionellen Monarchie bewertete, führte ihn sein Akzent auf das öffentliche Recht zu einer insgesamt positiven Bewertung der

8 P. Laband, Rede über die Bedeutung der Rezeption des römischen Rechts für das deutsche Staatsrecht, gehalten bei der Übernahme des Rectorats der Kaiser-Wilhelms-Universität Strassburg am 1. Mai 1880, Straßburg 1880.
9 Laband (Fn. 8) 9.
10 Laband (Fn. 8) 9.
11 Laband (Fn. 8) 12.
12 Laband (Fn. 8) 15.
13 Laband (Fn. 8) 18.

Rezeption im Vergleich zu Beseler. Das römische Recht habe sich als wissenschaftliches Recht durchgesetzt,[14] obwohl die römischrechtliche Jurisprudenz in Deutschland zu allen Zeiten eine unpopuläre Wissenschaft geblieben sei.[15]

Die These Labands zur Rezeption des römischen Rechts in Deutschland über das öffentliche Recht ist heute insgesamt nicht mehr diskutabel, schon aus chronologischen Gründen, da er bei seinem Zeitansatz im 15. Jahrhundert die inzwischen in vielen Aspekten untersuchte Frührezeption seit dem 12. Jahrhundert völlig übersieht.[16] Wesentliche Bestandteile der Laband-Hypothese wurden jedoch von Franz Wieacker in seiner einflussreichen »Privatrechtsgeschichte der Neuzeit« aufgegriffen und damit zur Grundlage für ein bis heute meist übernommenes Bild der Rezeption. Wieackers Übereinstimmung mit Laband besteht in zwei von beiden Autoren vertretenen grundlegenden Ideen: 1.) der These von der Rezeption als »Verwissenschaftlichung« des Rechts, die Wieacker gegenüber der Rezeption bzw. Assimilation von Institutionen in den Vordergrund rückt,[17] und 2.) in der Beschreibung der Rezeption als eines von landesherrlichen Beamten und Richtern gelenkten autoritären Prozesses von Oben und Unten; nach ihm war hauptsächlich der Obrigkeits- und Beamtenstaat für die Übernahme des römischen Rechts verantwortlich;[18] er spricht davon, dass die Verfassungskrise des Reichs für die praktische Rezeption größte Bedeutung gehabt habe.[19]

Es ist überraschend, wie weitgehend das Bild der deutschen Rechtsgeschichte bei Laband Franz Wieacker geprägt hat, der allerdings seinen Straßburger Vorgänger nirgends zitiert, obwohl er mit Sicherheit Labands Rektoratsrede gekannt haben muss. Gerhard Dilcher hat vor kurzem die Einflüsse der juristischen Germanistik auf Franz Wieacker näher untersucht und dabei die Frage gestellt, wo Wieacker Ansätze und Kategorien für seinen Geschichtsentwurf gefunden habe.[20] Er verweist in diesem Zusammenhang besonders auf Max Weber. Deutlich erkennbar ist jedoch darüber hinaus, dass die Kategorien Paul Labands von Wieacker vielfach übernommen wurden.

Wenn wir zu Labands Bewertung der Bedeutung des Peter von Andlau zurückkehren, dann bleibt zunächst hervorzuheben, dass er den Juristen des 15. Jahrhunderts nicht nur als ersten Schriftsteller des deutschen Staatsrechts herausstellt, sondern in ihm auch für lange Zeit den *letzten* Schriftsteller auf diesem Gebiet sieht, das

14 Laband (Fn. 8) 13 f.
15 Laband (Fn. 8) 14.
16 Hierzu nach wie vor grundlegend W. Trusen, Anfänge des gelehrten Rechts in Deutschland. Ein Beitrag zur Geschichte der Frührezeption, Wiesbaden 1962.
17 F. Wieacker, Privatrechtsgeschichte der Neuzeit, 2. Aufl. Göttingen 1967, 131–133.
18 Wieacker (Fn. 16) 245–248.
19 Wieacker (Fn. 16) 133. Zur Kritik an Wieackers Deutung der Rezeption des römischen Rechts in Deutschland vgl. auch P. Landau, Wieackers Konzept einer neueren Privatrechtsgeschichte: Eine Bilanz nach 40 Jahren, in: Franz Wieacker. Historiker des modernen Privatrechts, hg. von O. Behrends, E. Schumann, Göttingen 2010, 49–74, besonders 60–62.
20 G. Dilcher, Franz Wieacker als »Germanist«. Mit einigen Bemerkungen zu seiner Beziehung zu Marx, Nietzsche und Max Weber, in: Behrends/Schumann (Fn. 19) 223–252, hier 240–246.

nach Peter von Andlau erst am Anfang des 17. Jahrhunderts wieder eine zusammenhängende Darstellung erfahren habe.[21] Er betont folglich eine Diskontinuität in der Geschichte der deutschen Staatsrechtslehre, was unmittelbar zu der Frage führt, worin das Spezifische in der Darstellung der kaiserlichen Monarchie bei Peter von Andlau gesehen werden kann.

III. Peter von Andlau als kanonistischer Staatsrechtslehrer

Peter von Andlau war von seiner Ausbildung her primär *Kanonist*; er wirkte nach dem Studium in Pavia ab 1460 als Professor für das gratianische Dekret an der neugegründeten Universität Basel.[22] Es dürfte daher zweckmäßig sein, die Besonderheiten in der Staatsrechtslehre des spätmittelalterlichen Autors primär in der Verarbeitung der kanonistischen Quellen und der einschlägigen Literatur zu suchen. Hier besitzen wir eine unentbehrliche Vorarbeit in der Zusammenstellung der Quellen für den »Libellus de Cesarea Monarchia« von dem Luzerner Gymnasialrektor Joseph Hürbin 1897,[23] dem wir auch eine zuverlässige Edition des »Libellus« verdanken.[24] Peter von Andlau stützt sein Werk auf das Corpus Iuris Canonici und die Kanonistik, außerdem aber auf die *Goldene Bulle* als zentrale Quelle des Reichsstaatsrechts. Der Salzburger Rechtshistoriker Arno Buschmann setzt daher in einer Arbeit über die Rezeption der Goldenen Bulle in der Reichspublizistik des Alten Reichs mit Peter von Andlau als frühestem Autor ein.[25] Buschmanns Ausführungen lassen erkennen, dass die Originalität Peters hauptsächlich in der Kombination kanonistischer Grundlagen mit dem kaiserlichen Gesetz von 1356 gefunden werden kann.

Im Rahmen meines Aufsatzes kann ich nur auf einige Beispiele hinweisen, bei denen sich feststellen lässt, dass die Kanonistik für Peter von Andlau die Grundlage der Staatsrechtslehre bildet. Im ersten Buch seines Hauptwerks, das eine teilweise biblisch, philosophisch und historisch begründete Staatslehre entwickelt, geht der Autor gleich zu Beginn (Titel I) auf die naturrechtlichen Anfänge des Staates ein. Er bringt hier als Argumente sechs Zitate des Decretum Gratiani. Aus dem Naturrecht ergibt sich für ihn ein ursprüngliches Gemeineigentum der Menschen vor Einführung des Privateigentums (D. 1, c. 7 und D. 8, c. 1).[26] Ferner herrschte unter den Menschen ursprünglich uneingeschränkte Freiheit, so dass niemand einen anderen verknechten durfte (D. 35, c. 8, § 3):[27]

21 Laband (Fn. 8) 30.

22 Zum Lebenslauf des Peter von Andlau jetzt vor allem H. G. Walther, Gelehrtes Recht, Stadt und Reich in der politischen Theorie des Basler Kanonisten Peter von Andlau, in: Lebenslehren und Weltentwürfe im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit: Politik – Bildung – Naturkunde – Theologie, hg. von H. Boockmann u. A., Göttingen 1989, 77–111.

23 J. Hürbin, Die Quellen des »Libellus de Cesarea monrachia«, in: ZRG GA 18 (1897) 1–106.

24 Cf. oben Fn. 5.

25 A. Buschmann, Die Rezeption der Goldenen Bulle in der Reichspublizistik des Alten Reiches, in: Die Goldene Bulle. Politik – Wahrnehmung – Rezeption, Bd. II, Berlin 2009, 1071–1119.

26 Peter von Andlau, Tractatus I/I, ed. Hürbin (Fn. 5) 44: »Qua quidem lege omnia tunc erant communia, cunctorum que hominum una et indivisa possessio fuit.«

27 In den Editionen – Hürbin (Fn. 5) 44 und Müller (Fn. 5) 20 wird irrtümlich D. 35, c. 6 angegeben. Der Text bei Peter von Andlau: »inconcussa libertas, nec quisquam sciebat a consorte sue nature obsequia servitutis exigere« bezieht sich eindeutig auf D. 35, c. 8, § 3: »Manebat autem … inconcussa libertas; nemo sciebat a consorte naturae suae obsequia servitutis exigere.«

Herrschaft unter Menschen sei erst nach der Sintflut eingeführt worden, wofür sich Peter auf Cicero und das kanonische Recht beruft (D. 1, c. 9).[28] Mit Gratian begründet Peter von Andlau ferner, dass es bereits zur Zeit des Turmbaus von Babel außer der königlichen Gewalt auch tyrannische Herrschaftsformen gegeben habe (D. 6, Dict. post c. 3).[29] Schließlich stützt er die Notwendigkeit von Herrschaft und Unterordnung unter Könige (regimen regale) auf die Korruptheit der menschlichen Natur, also die Erbsünde, wobei ihm als Beweis ein Text Gregors des Großen im Decretum Gratiani dient (D. 22, c. 4), in dem Gregor allerdings mit der allgemein menschlichen Schuld die Notwendigkeit begründet, dass der Patriarch von Konstantinopel dem römischen Papst gehorchen müsse.[30] Hier wird das kanonistische Modell für Peters Staatsphilosophie besonders evident; weltliche Herrschaft soll wie die Kirche eine hierarchische Ordnung haben.

Die angeführten Bezugnahmen auf die kanonistischen Texte mögen für das erste Buch des Traktats genügen. Im zweiten Buch entwickelt Peter von Andlau das spezielle Staatsrecht des Heiligen Römischen Reiches. Hier ist wiederum das kanonische Recht die Hauptgrundlage, wird aber durch die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. ergänzt und modifiziert.

Der von Peter von Andlau am häufigsten zitierte Text des kanonischen Rechts ist die berühmte Dekretale »Venerabilem« Papst Innozenz' III. zum deutschen Thronstreit aus dem Jahre 1202 (X 1.6.34). Ohne Übertreibung lässt sich sagen, dass diese Entscheidung des großen Papstes für das deutsche Reichsverfassungsrecht der Folgezeit die Funktion einer Grundnorm hatte.

Sie legte 1. das Wahlrecht einzelner deutscher Fürsten bei der Wahl des deutschen Königs fest, der eine Art Anwartschaftsrecht auf dem Kaisertitel haben sollte;[31] sie stellte 2. klar, dass das römische Reich vom Papst in der Person Karls des Großen von den Griechen auf die Deutschen übertragen worden sei (translatio imperii),[32] und beanspruchte 3. ein Prüfungsrecht für den Papst in Bezug auf den von den Fürsten Gewählten – »denuntiatioris officium«[33] – Innozenz III. stellt in »Venerabilem« nicht nur die Ungültigkeit der Wahl des exkommunizierten Philipp von Schwaben gegenüber dem für die Königswürde qualifizierten Otto IV. fest, sondern betont auch das Wahlrechtsprinzip, da bei einer Anerkennung Philipps als König dieser seinem älteren Bruder ebenso wie seinerzeit der Vorgänger Heinrich VI. seinem Vater

28 Editio Hürbin (Fn. 5) 45.

29 Editio Hürbin (Fn. 5) 45: »Nec attinet, Cham qua ille maledictus, et Nembroth, primi in orbe principes, fastu superbie elati viribusque confisi, gentis sue principatum, non eleccione, sed oppressione usurpabant primi, ut recitatur 6. dist. c. hiis itaque. Horum nempe dominatus, qui iuxta philosophos tyrania dicenda est …«

30 Editio Hürbin (Fn. 5) 45: »Fuit itaque solum natura corrupta regimen neccessarium regale: dempta enim culpa omnes secundum racionem humilitatis equales sumus, ut inquit textus in c. de Constantinop. XXII.« D. 22, c. 4: »Nam quod primas Bizanzenus sedi se apostolicae dicit subici, si qua culpa in episcopis invenitur nescio, quis ei subiectus non sit; cum vero culpa non exigit, omnes secundum rationem humilitatis equales sumus.«

31 X 1.6.34: »Verum illis principibus ius et potestatem eligendi regem, in imperatorem postmodum promovendum, recognoscimus, ut debemus, ad quos de iure ac antiqua consuetudine noscitur pertinere …«

32 X 1.6.34 im Anschluss an den Text Fn. 31: »praesertim, cum ad eos ius et potestas huiusmodi ab apostolica sede pervenerit, quae Romanum imperium in personam magnifici Caroli a Graecis transtulit in Germanos.«

33 X 1.6.34: »Exercuit autem denunciatoris officium, quia personam ducis eiusdem [sc. Philipp, P. L.] indignam, et personam regis denunciavit idoneam, quod imperium obtinendum …«

Friedrich I. Barbarossa folgen würde, was dazu führen könne, dass das Reich sich zu einer Erbmonarchie anstelle einer Wahlmonarchie entwickle – »imperium non ex electione, sed ex successione deberi«.[34]

Alle aufgeführten Prinzipien des Königswahlrechts von »Venerabilem«, der 1234 in den Liber Extra aufgenommenen Dekretale Innozenz' III., rezipiert Peter von Andlau in seinem »Libellus«.

Zur Translatio Imperii äußert er sich in dem ausführlichen Titel XIII des ersten Buchs seines Traktats. Da er selbst betont, dass das Römische Reich sich unter der Herrschaft der griechischen Kaiser lange Zeit in einem überaus glücklichen Zustand befunden habe, bedurfte die Rechtfertigung der erneuten Translatio in den Westen natürlich einer sorgfältigen Begründung.[35]

Peter bezieht sich auf zahlreiche historische Berichte, an erster Stelle auf die Glossa ordinaria zu »Venerabilem« von Bernhard von Botone.[36] Aus der Glosse ergebe sich, dass bereits Papst Stephan II. durch sein Bündnis mit König Pippin als seinem Schutzherrn gegen die Langobarden die Translatio des Römischen Reichs auf die Franken eingeleitet habe, die aber durch den vorzeitigen Tod des Papstes nicht vollzogen worden sei, so dass erst Karl der Große die Kaiserwürde erlangt habe.[37] Er schildert anschließend die weitere Geschichte der Beziehung zwischen Päpsten und fränkischen Königen im achten Jahrhundert bis zur Kaiserkrönung Karls des Großen 800 n. Chr. in Rom – in der ältesten Pariser Handschrift des Traktats (MS Paris BN. 6030), die wohl noch zu Lebzeiten Peters geschrieben wurde,[38] wird in einer Glosse auf den Kanonisten Johannes Andreae zur Frage des Datums von Karls Kaiserkrönung verwiesen.[39]

Im Anschluss an das Lob Karls des Großen, den Peter von Andlau als »divus Imperator« bezeichnet,[40] erörtert er die Frage, weshalb die Herrschaft über das römische Reich nach dem Tode Karls und der Aufteilung des Frankenreichs den Deutschen und nicht den Franzosen zugefallen sei.[41] Außer dem Hinweis auf den Geburtsort Karls in Deutschland[42] bringt er Belege für das Anrecht der Deutschen als der vornehmsten Nation des Westens. Peters Hauptargumente sind wiederum der Kanonistik entnommen. Er bezieht sich zunächst auf ein angebliches Kapitular Karls des Großen, in welchem der Kaiser die ihm untergebenen Völker aufzählt, darunter Alemannen, Bayern, Sachsen, Thüringer und Friesen. Es handelt sich dabei um eine Fälschung Benedikt Levitas,[43]

34 X 1.6.34: »Insuper, si predictus dux [sc. Philipp, P. L.] imperium obtineret, libertas principum in electione periret … Nam si, prout olim frater dicti ducis patri eorum, sic dux ipse fratri suo succederet, videretur imperium non ex electione, sed ex successione deberi …«

35 Libellus I/XIII, ed. Hürbin (Fn. 5) 85: »Translatio in orientales regiones Grecorumque dicione imperialis celsitudinis solio, Romanum imperium longo post evo felici statu refloruit. Christianis namque optimis principibus respublica administrata, religio Christiana in immensum aucta et in summa tranquillitatibus culmine collocata est …«

36 Glossa ordinaria, ad X 1.6.34 v. »transtulit«: »Legitur in chronicis, quod cum ecclesia Romana opprimeretur, ab Astulpho rege Lombardorum, petiit auxilium a Constantino et a Leone filio, eius imperatoribus Constantinopolitanis, et cum nollent patrocinari ecclesiae Romanae, Stephanus papa secundus natione Romanus, transtulit Imperium ad Carolum magnum qui fuit filius Pipini.«

37 Libellus I/XIII, ed. Hürbin (Fn. 5) 88: »Hiis autem beneficiis Stephanus papa predictus allectus, Romanum imperium transferri a Grecis in Germanos procuravit, sed morte preventus nondum in vita sua id fecit.« Beschreibung der Kaiserkrönung Karls des Großen in der Peterskirche Libellus, ed. Hürbin (Fn. 5) 90.

38 Zur ältesten Pariser Handschrift cf. Hürbin (Fn. 5) 37 f.

39 Vgl. ed. Hürbin (Fn. 5) 90.

40 Vgl. ed. Hürbin (Fn. 5) 91: »Cum autem ipse divus Imperator in paterna regna devenisset, per omne imperium suum legatos misit mandans omnibus judicium facere et justicam (?, recte: justiciam) religionem eciam christianam summopere ampliare satagebat.«

41 Libellus I/XIII, ed. Hürbin (Fn. 5, 92:

42 Libellus I/XIII, ed. Hürbin (Fn. 5) 92: »… unde et hac causa Karolus in Germania et villa Ingelheim natus fuerat, ab urbe Moguntina duobus fere distante miliaribus.«

43 Libellus I/XIII, ed. Hürbin (Fn. 5) 92: »et ipse Karolus se intitulavit Francum, Germanicum, etc. ut in lege sua canonisata XI.q.I. hec si quis, ubi mandando, dicit, volumus atque precipimus, ut omnes nostre dicionis subjecti tam Romani quam Franci, Alamani, Bavari, Burgundiones, Saxones, Thoringi, Frisones, Galli, Britones, Langobardi, Wascones, Beneventani, Gothi, Hispani, ceterique omnes subjecti nobis etc.«

die in Gratians Dekret im Anschluss an einen Text der Sirmondschen Konstitutionen gelangt war;[44] Peter bezeichnet das gefälschte Kapitular als eine »lex canonisata« und leitet aus ihm ab, dass sich Karl der Große selbst als Franke und Germane bezeichnet habe.[45] Verdientermaßen sei bereits in der Person Karls des Großen das Imperium an die Deutschen gelangt.[46] Zwei weitere Argumente entnimmt Peter der Glossa ordinaria des Johannes Teutonicus zum Dekret, wo es u. a. heißt: »Theutonicos virtutibus promeruisse imperium.«[47]

Peter begründet folglich das Anrecht der Deutschen auf das Kaisertum mit dem kanonischen Recht; der Kanonist Johannes Teutonicus des 13. Jahrhunderts wird in der Sicht Peters überraschend zum eigentlichen Vater einer germanischen Reichsideologie. Am Ende des ersten Buchs seines Traktats behauptet Peter sogar unter Berufung auf ein Gratian-Zitat, der Papst als Stellvertreter Christi habe die Deutschen vor allen anderen Völkern zur Weltherrschaft (regnum mundi) berufen; auch sei allein ihnen die Leitung der Römischen Kirche anvertraut worden.[48] Man fühlt sich bei Peter von Andlau wiederholt in die Reichsideologie der Stauferzeit versetzt; insofern ist er in der Tat im Sinne Labands der letzte Vertreter eines hochmittelalterlichen Reichsgedankens.

Im zweiten Buch seines Traktats behandelt Peter von Andlau dann grundlegende Verfassungsfragen des Reichsstaatsrechts, wobei nunmehr außer dem kanonischen Recht die Goldene Bulle Karls IV. für ihn höchste Autorität besitzt.[49] Gleich zu Beginn geht es um die Königswahl und das ausschließliche Wahlrecht der sieben deutschen Kurfürsten. Er musste hier zunächst eine Erklärung dafür anbieten, dass die Königswürde mit dem Anspruch auf das Kaisertum unter den Ottonen noch erbrechtlich, später aber stets durch Wahl erlangt worden war. Peter von Andlau sieht den Übergang zur Wahlmonarchie 1004 und nimmt an, dass damals Papst Gregor V. bereits die sieben Kurfürsten als Wahlberechtigte eingesetzt habe.[50] Für ihn ist es selbstverständlich, dass eine Wahlmonarchie der Erbmonarchie überlegen sei, obwohl ihm bewusst ist, dass zu seiner Zeit Erbmonarchien gewohnheitsrechtlich zum Regelfall geworden waren. Die juristische Begründung für den Vorzug einer Wahlmonarchie erfolgt wiederum kanonistisch mit einer Berufung auf ein Kapitel bei Gratian, in dem ein Text des Hieronymus zitiert wird, mit der Wendung: »principatum in populos non sanguini deferendum esse, sed vitae.«[51]

44 C. 11, q. 1, c. 37 (= Ben.Lev.2.366).

45 Vgl. Fn. 43.

46 Libellus I/XIII, ed. Hürbin (Fn. 5) 92: »Sed quoniam Germanus natu erat, amplissimique precipue Theutonicorum viribus et clarissimis jam rerum gestis magnificatus totum orbem suo fulgore illustraverat, ideo meritissime in sui persona in Germanos imperium translatum est.«

47 Joannes Teutonicus, Glossa ordinaria, ad. D. 63, c. 30, v. ›Francorum‹: »Nota imperium prius Francorum fuisse, sed postea Theutonici virtutibus promeruerunt imperium.«

48 Libellus I/XVI, ed. Hürbin (Fn. 35), 102: »omnis tamen Germanorum potencia totis viribus ad ipsius auxilium contendere, quos pre cunctis gentibus ad regnum mundi Christi elegit vicarius, et ipsis solis regimen Romane ecclesie committere voluit, ut ait text. In c. in die. De consecr. Dist. V.« (= D. 5, c. 15 de cons.). Das zitierte Kapitel aus De consecratione bringt eine Reihe von Regeln zu Lektionen und Psalmen in Gottesdiensten mit der Wendung »Nos autem et ordinem Romanum investigantes«: Peter bezieht hier offenbar »Nos« auf die Deutschen, denen allein das »regimen Romane ecclesie« anvertraut sei.

49 Libellus II/III, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 170: »Sed in hoc actu eleccionis necesse est, eos simul convenire, ut in constitucione Karolina declaratur.« Vgl. auch Buschmann (Fn. 25) 1078.

50 Libellus II/1, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 165: »Verum Ottone tercio mortuo sine filiis Gregorius quintus, nacione Theutonicus, de parentela Ottonis in summum pontificem assumitur. Cujus pontificis tempore regis Romanorum septem electores instituuntur … Factum est autem decretum hujusmodi post Christi nativitatem anno MIV.« Der chronologische Irrtum, dass Gregor V. noch 1004 Papst gewesen sei, erklärt sich offenbar daraus, dass Peter von Andlau die Einführung des Wahlrechts mit der Kinderlosigkeit Ottos III. erklärt.

51 Libellus II/1, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 165: »Imperium namque et quodlibet regnum ab olim non ex successione, sed eleccione debitum fuit, ut not. VIII, q. I, c. Moyses« (C. 8, q. 1, c. 6). Zum Vorzug der Wahlmonarchie bei Peter vgl. auch Walther (Fn. 22) 105 f.

Für den Wahlakt der Kurfürsten orientiert er sich an den Vorschriften der Goldenen Bulle (Tit. II) und zieht das kanonische Recht nur insofern heran, als er aus ihm die Notwendigkeit der päpstlichen Approbation der Königswahl[52] und die Pflicht des Neugewählten zur Leistung eines Treueides an den Papst[53] ableitet. Die päpstliche Approbation setzt eine genaue Eignungsprüfung voraus, die nach Ansicht Peters den Kriterien beim Examen eines Kandidaten für die Ordination zum Priester entsprechen soll.[54] Der Treueid soll nach der bei Gratian überlieferten Formel für das sog. Ottonianum, dem Treueid Ottos I. gegenüber dem Papst, erfolgen, wobei bemerkenswert ist, dass nach Peters Traktat Otto III. als Erster den Eid abgelegt haben soll,[55] was offenbar mit der Auffassung von der Einführung der Königswahl durch die Kurfürsten unter Otto III. zusammenhängt.

Nach der Darstellung des Wahlvorgangs wendet sich Peter von Andlau der Frage des passiven Wahlrechts zu, ob auch ein Nichtdeutscher zum Kaiser gewählt werden könne (Tit. III). Für eine solche Möglichkeit habe sich der angesehene Kanonist Zabarella in seiner Kommentierung von »Venerabilem« ausgesprochen, da es bei der Kaiserwahl um das Wohl der gesamten Christenheit gehe.[56] Peter von Andlau schließt sich dagegen der Auffassung des von ihm hoch geschätzten Panormitanus an, der darauf hingewiesen habe, das Kaisertum sei vom Papst auf Karl den Großen passiv übertragen worden;[57] die Translatio des römischen Reichs vom Papst auf die Deutschen sei sowohl aktiv als auch passiv zu verstehen und im Übrigen für die Erhaltung des Reichs notwendig gewesen.[58]

Eine interessante staatsrechtliche Frage war es ferner, ob den Kurfürsten das Wahlrecht als Einzelpersonen oder als Kollegium zustand; in zweiten Fall war nur ein gemeinsamer Wahlakt denkbar.

Das kanonische Recht bot für dieses Problem kein eindeutiges Modell an, da etwa im Fall von Patronatsrechten mehrere Kirchenpatrone sich nicht gleichzeitig auf einen Kleriker für eine Pfarrstelle einigen mussten, was man aus einem Kanon des dritten Lateran-konzils ableitete (X 3.38.3).[59] Kardinal Hostiensis bemerkte in seiner Lectura zur Dekretale »Venerabilem«, die Königswähler besäßen ihr Wahlrecht als Einzelpersonen, und bezog sich dabei auf die Analogie des Patronatsrechts.[60] In der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts setzte sich jedoch bei den Kanonisten die Theorie Innozenz' IV. durch, der in seinem Dekretalenkommentar eine

52 Libellus II/II, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 167 f. mit Berufung auf die Dekretale »Venerabilem« (X 1.6.34).

53 Libellus II/II, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 168 mit Zitierung von D. 63, c. 33 – sog. Ottonianum.

54 Peter von Andlau zitiert D. 78, c. 3.

55 Libellus II/II, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 168: »Hujusmodi autem juramentum primus prestitit Otto tercius pape Joanni.«

56 Libellus II/II, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 169: »Unde non prohibentur, quin ipsi eligere possint de alia natione principem, licet ab olim extra Germanicam nacionem non fuit electus aliquis in Cesarem. Et hanc opinionem, sensit in d. c. venerabilem magne auctoritatis doctor, dominus card. Florentinus; que opinio firmari potest racione. Nam electores, quibus disposicio imperii Christiani commissa est, non solum ad bonum Germanice nacionis, sed ad totam rempublicam Christianam consideracionem et respectum in eleccione habere debent.«

57 Libellus II/III, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 169: »Sed in contrarium sentenciam est vir excellentissime doctrine dominus Panormitan., qui dicit priorem opinionem confundi per text. preall. c. venerabilem in eo quod dicit, quod imperium fuit translatum in personam magnifici Karoli, certumque est, ait, quod imperium fuit translatum in Karolum passive et non active, quod fuit ipse assumptus in imperatorem, non autem fuit sibi potestas data eligendi imperatorem …«

58 Libellus II/III, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 170: »Voluit ergo papa et active et passive Romanum imperium transferre in inclitam nacionem Germanorum, que opinio non solum vera, sed eciam pro conservacione imperii maxime necessaria esse videtur.«

59 X 3.38.3 = 3 Conc. Lat. c. 17.

60 Hostiensis, Commentaria in Primum Decretalium librum (Ristampa Torino 1965), ad X 1.6.34, v. ›vel noluerunt‹ (fol. 60 vb): »Et sic qui consensit in unum potest mutare voluntatem suam et in alium consentire … maxime quia non tamquam ad collegium, competit principibus huius ius eligendi …« Edition der Glosse auch bei A. Wolf, Die Entstehung des Kurfürstenkollegs, 2. Aufl. Idstein 2002, 162.

allgemeine Lehre des »collegium« als einer korporativen Einheit im kirchlichen und weltlichen Bereich entwickelt hatte.[61] Für Innozenz IV. war jedes collegium als universitas eine juristische Person, so z. B. auch die Zünfte.[62] Diese moderne Lehre setzte sich auch für das Kurfürstenkolleg gegenüber Hostiensis durch und wurde vor allem von Johannes Andreae vertreten,[63] dem sich im 15. Jahrhundert Panormitanus und schließlich Peter von Andlau anschließen.[64] Die Prinzipien der Wahlrechtsdoktrin werden von Peter im Anschluss an die Tradition der kanonistischen Doktrin herausgearbeitet.

Es ist in der Literatur stets hervorgehoben worden, dass er in Fragen der Reichsverfassung einen kurialistischen Standpunkt vertritt; für ihn gehört der Papst zur Rechtsordnung des Heiligen Römischen Reichs. Diese Grundauffassung tritt besonders deutlich bei der Frage hervor, ob bei einer Versäumnis der Wahl durch die Kurfürsten der Papst den Kaiser einsetzen könne.[65] Das Wahlrecht der Kurfürsten ist ein vom Papst auf Dauer verliehenes Privileg. Der Papst besitzt aber eine »potestas provisionis«, wenn die Kurfürsten nicht innerhalb eines festgesetzten Zeitraumes die Wahl vornehmen oder gar einen Unwürdigen wählen.[66] Diese These von einem Notrecht des Papstes, das in der Notwendigkeit eines Kaisers als Verteidiger und Vogt der Kirche begründet ist,[67] führt Peter von Andlau mit einer Fülle von Argumenten aus Gratian, dem Dekretalenrecht und der kanonistischen Literatur (Glosse und Innocenz IV.)[68] aus. Bei der Diskussion dieser Frage zeigt sich vielleicht am deutlichsten, wie sehr der Traktatverfasser noch von einem mittelalterlichen Weltbild ausgeht.

Auf der anderen Seite entsteht das Recht des Kaisers nicht erst durch die päpstliche Approbation, sondern bereits unmittelbar mit der Wahl durch die Kurfürsten (Tit. V).[69] Peter räumt ein, dass es unter den Gelehrten früher hierzu unterschiedliche Meinungen gegeben habe. Inzwischen habe es sich jedoch gewohnheitsrechtlich durchgesetzt, dass der römische König allein durch die Wahl die volle Kaisergewalt erlange, obwohl er noch nicht den Kaisertitel führe.[70] Für diese communis opinio der Juristen verweist er auf den Legisten Jakob von Arena, außerdem jedoch auf Innozenz IV., Hostiensis und Johannes Andreae als kanonistische Klassiker.[71] Neuerungen in der Reichsverfassung können folglich durch die kanonistische Wissenschaft auch ohne Eingreifen des päpstlichen Gesetzgebers eingeführt werden.

61 Zur Lehre Innocenz' IV. vgl. P. Landau, Was war um 1300 ein Kollegium?, in: Königliche Tochterstämme, Königswähler und Kurfürsten, hg. von Armin Wolf, Frankfurt a. M. 2002, 485–495, hier 492–494.

62 Vgl. die Zitate aus dem Dekretalenapparat Innocenz' IV. in Landau (Fn. 61).

63 J. Andreae, Additiones ad Speculum Durantis (ND Aalen 1975 der ed. Basel 1574), lib. II, Partic. I, De rescrip. Praesentatione, § 9 ad v. ›electione‹ (fol. 422): »Quam faciunt ut singuli, non ut collegium, secundum Ho., ut scripsi, in c. venerabilem … Hoc improbat (L)upoldus per me iam dudum doctoratus, in suo tractatu de iuribus regni et imperii Romanorum, c. VI, et in c. VII tractat materiam huius vers. Illud autem improbat illa potissima ratione, quia hi, quibus hi principes successerunt, eligebant ut collegium et universitas, consistens scilicet ex principibus et universo populo, subiecto Romano imperio, vel eligebat exercitus illam universitatem repraesentans, ut sequitur.« Johannes Andreae schreibt folglich, dass er in seinen Novella in Decretales Gregorii IX der Ansicht des Hostiensis gefolgt sei, aber nun in den 1346/1347 verfassten Additiones zum Speculum des Duranti sich der Ansicht seines Schülers Lupold von Bebenburg angeschlossen habe. Zur Stelle bei Lupold von Bebenburg vgl. Politische Schriften des Lupold von Bebenburg, hg. v. J. Miethke, Chr. Flüeler, MGH, Staatsschriften des späteren Mittelalters IV, Hannover 2004, 298 f. mit Anm. 291. Lupold verfasste seinen Traktat nach dem Rhenser Rechtsspruch der Kurfürsten vom 16.7.1338 bis Ende 1339 – vgl. Miethke/Flüeler 40 f. Johannes Andreae dürfte von der Wahlrechtstheorie seines früheren Schülers Lupold anlässlich der Reise Lupolds nach Bologna 1341 zusammen mit Marquard von Randeck erfahren haben – vgl. H. Meyer, Zur Vorgeschichte des ersten uns überlieferten Hausgesetzes der Hohenzollern, in: HJb 30 (1909) 1–13 und Miethke/Flüeler 7.

64 Abbatis Panormitani Commentaria ad X 1.6.34 (Venetiis 1582), fol. 411, ad v. ›quamvis plures etc.‹: »nunquid isti electores Imperii exerceant hanc potestatem, ut singuli, ut collegium? Host. tenuit hic, quod ut singuli, multi tenuerunt oppositum. Idem sequitur, Jo. And. in addi. Spe… ista contraria opi, plus mihi placet, quia cum isti electores successerunt in locum populi Romani, qui ut universitas, eligebant sibi Imperatorem, debent isti censeri cum illis, ut surrogatum sapiat naturam eius in cuius locum subrogatur …« Ebenso Libellus II/III, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 170.

65 Libellus II/IV, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 170 f.

66 Libellus II/IV, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 170 f.: »an videlicet electoribus imperii imperatorem eligere negligentibus potestas pro-

Wie bereits angedeutet, geht Peter von Andlau noch von einem Vorrang des römischen Kaisers vor den übrigen Königen aus. Die höchste Autorität des Kaisers beruht einmal auf der historischen Tatsache der irdischen Existenz Christi unter Kaiser Augustus, ferner jedoch auf der Zwei-Gewalten-Lehre des Papstes Gelasius I. (D. 96, c. 10).[72] Für Peter von Andlau ist die Gewalt der Könige Bächen zu vergleichen, die nach gemeinem Recht vom Kaisertum wie von einem Fluss ausgehen.[73] Er leugnet allerdings nicht, dass zu seiner Zeit zahlreiche Könige eine kaiserliche Oberherrschaft nicht mehr anerkennen würden, sondern vielmehr Kaiserrechte für sich usurpiert hätten. Dabei muss er sich auch mit der berühmten Dekretale »Per venerabilem« (X 4.17.13) Innozenz' III. auseinander setzen, in der für den König von Frankreich der Satz »rex ipse superiorem in temporalibus minime recognoscat« verwendet wird. Bei der Auslegung dieses Satzes verweist Peter auf die Glossa ordinaria, die eine solche Unabhängigkeit nicht de jure, sondern nur de facto für möglich hält;[74] auch Hostiensis lehre, dass der französische König dem Kaiser als einem vicarius Dei untergeben sei.[75] Peter von Andlau erwägt auch, ob die Entziehung des Gehorsams gegenüber dem Kaiser durch die Könige Frankreichs, Spaniens und Englands als Sünde zu betrachten sei, gibt aber hier die Antwort, dass die Könige entschuldigt seien, da der Gehorsam aktuell vom Kaiser selbst nicht gefordert werde.[76] Jedenfalls wird auch die Vorrangstellung des Kaisers in Bezug auf Würde und Autorität hauptsächlich mit kanonistischen Argumenten begründet.

Den Abschluss seiner Staatslehre findet Peter dann aber in dem Gedanken, dem Kaiser sei trotz der Zwei-Gewalten-Lehre seine auctoritas nicht unmittelbar von Gott verliehen, sondern die weltliche Gewalt und die Führung des Schwertes in temporalibus erlange er durch päpstliche Verleihung. Die Gegenansicht wird ausdrücklich als These der Legisten bezeichnet. Für die eigene These, die Kirche habe die Führung des weltlichen Schwertes durch den Papst auf den Kaiser übertragen, bringt er wieder zahlreiche kanonistische Quellenzitate. Schließlich stellt er fest, die papalistische Version der Zwei-Schwerter-Lehre sei die unbezweifelte Ansicht aller Kanonisten.[77]

Die Abhängigkeit des Reichs von der Kirche hat nach Peter von Andlau jedoch auch Grenzen, was sich nach ihm aus dem neuen Reichsgesetz der Goldenen Bulle ergibt. Zwar müsste an sich nach dem ius commune bei einer Vakanz auf dem Kaiserstuhl während

visionis ad summum pontificem devolvatur ipso iure? Doctores dicunt, quod ex quo electoribus hujusmodi terminus iure communi prefixus non est, principes primo per papam moneri debent, ut infra certum terminum ad electionem procedant; quod si non fecerint, tunc primo potestas devolvatur ad papam et non ante.«

67 Libellus II/IV, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 170 f: »Imperator enim est defensor et advocatus ecclesie et tenetur eam pro posse defendere et exaltare …«

68 Libellus II/IV, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 171.

69 Libellus II/V, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 172: »Que opinio recepta est ex consuetudine, ut electus in regem Romanorum ex sola eleccione adquirat potestatem administracionis.«

70 Libellus II/V, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 172: »Ex quo patet, quod rex Romanorum, qui nondum est imperator vel coronatus, privilegia dare possit.«

71 Zitate in Libellus II/V im Anschluss an den Text Fn. 70.

72 Libellus II/VIII, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 182–186: »De Romanorum imperatoris supra alios reges excellencia et auctoritate«.

73 Libellus II/VIII, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 184: »omnes potencie regum de jure communi fluxerunt ab imperio, tamquam rivuli a flumine« – mit Berufung auf Bartolus.

74 Libellus II/VIII, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 184: »De rege vero Francie dicit text. In d. c. per venerabilem, quod ille in temporalibus superiorem non recognoscat; quod gl. dicit esse de facto, sed de jure nullo modo possibile, ymo de jure rex Francie subsit Romano imperio.«

75 Libellus II/VIII, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13,184: »Hostiensis dicit, quod in temporalibus debet recognoscere imperatorem in dominum … ille enim est Dei vicarius.«

76 Libellus II/VIII, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 185: »An autem peccent rex Francie, Hispanie et Anglie hanc subjeccionem non recognoscentes, videtur quod sic … Sed dicunt doctores, quod forte quandiu non exigatur obediencia, possunt excusari … secund. Hostiens.«

77 Libellus II/IX, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 187 f.: »Et hec omnium Canonistarum indubita sentencia est, quod in Christi vicarium utraque potestas translata sit, apud quem sunt jura celestis et terreni imperii … execucionem gladii temporalis ecclesia commiserit imperatoribus tamquam suis ministris.« Die Gegenmeinung wird S. 186 mit der Wendung »pauca motiva quorundam legistarum in oppositum adducere« gekennzeichnet.

des Interregnums der Papst die kaiserlichen Iurisdiktionsrechte ausüben, doch habe Karl IV. in der Goldenen Bulle »vacante imperio« Iurisdiktionskompetenzen des rheinischen Pfalzgrafen und des Herzogs von Sachsen begründet, die nunmehr offenbar aufgrund der lex specialis zu beachten sind.[78] Als Teil des ius commune ist das kanonische Recht eine Rahmenordnung für das Reichsverfassungsrecht.

IV. Schluss

Der hier gegebene Überblick kann belegen, wie sehr Peter von Andlau in seinem Traktat über die Reichsverfassung durch seine kanonistische Ausbildung beeinflusst ist. Das klassische kanonische Recht in seiner Endphase, maßgeblich bestimmt durch große Autoren wie Johannes Andreae und Panormitanus, bestimmt bei ihm die Architektur der Verfassung des Heiligen Römischen Reichs, wobei Modifizierungen durch die Goldene Bulle Berücksichtigung finden. Als staatsrechtlicher Kanonist bleibt Peter von Andlau in der Tat eher ein letzter Autor des Mittelalters als ein Vorläufer oder gar Begründer moderner Theorien des Ius publicum der Neuzeit.

Die Beschäftigung mit den Theorien und Argumenten des Kanonisten in Basel im letzten Jahrhundert des Mittelalters kann aber in gewissem Umfang verdeutlichen, welchen erheblichen Anteil das klassische kanonische Recht für grundlegende Konzepte des öffentlichen Rechts der Neuzeit lieferte, dessen Geschichte uns Michael Stolleis in seinem Lebenswerk erschlossen hat.

Peter Landau

78 Libellus II/X, ed. Hürbin (Fn. 5) ZRG 13, 189: »Verumtamen Karolus IIII. in sua constitucione Tit. De jur. Can. Palat. Et Duc. Saxon. determinat, quod vacante imperio Com. Palatinus in partibus Reni, Suevie et in jure franconio ex comitatus sui privilegio provisor debeat imperii … Sic quoque in locis, ubi jura Saxonica servantur, in duce Saxonie idem dispositum reperitur.«